

Raus aus der Sackgasse

Neue Ziele für die Wirtschaft

Vortragsmanuskript von Dr. Wolfgang Kessler

Geben wir es doch zu: Wären da nicht Hunderttausende Flüchtlinge und die Auseinandersetzung mit dem rechten Rand – dann wäre doch in Deutschland alles palletti und weltweit auch. Zumindest nach Meinung der offiziellen Politik. Wann immer ich nach Berlin komme und eine Pressekonferenz besuche, höre ich immer nur: Alles in Ordnung. Die Banken machen Gewinne, die Löhne sind gestiegen, Konsumenten kaufen, die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, die Steuereinnahmen sprudeln.

Auch global herrscht eitel Sonnenschein: In den Schwellenländern ist der Lebensstandard von 500 Millionen Menschen in zehn Jahren stark gestiegen, sagt die Weltbank. Müssen wir da über neue Ziele für die Wirtschaft reden? Müssen jetzt, da alles so gut läuft, darüber reden, wie wir rauskommen aus dieser Sackgasse?

Ich sage klar: Ja, das müssen wir. Wenn nicht jetzt, wann dann? Natürlich sind die guten Nachrichten aus der Wirtschaft nicht alle falsch. Auch ich finde weniger Arbeitslosigkeit und weniger Staatsschulden besser als mehr. Und wer wäre nicht froh über die Botschaft, dass es in vielen Ländern des Südens mehr Menschen besser geht – und das stimmt.

Das Problem ist, dass diese Erfolgsmeldungen tiefe Probleme kaschieren – und zwar Probleme, die einer Krise der Zivilisation gleichkommen und sich nicht einfach durch etwas mehr Wachstum lösen lassen. Unter dem Strand der Zahlen liegt das Pflaster der Wirklichkeit.

Wir leben in einer Zeitenwende. Das gewohnte Denken, wonach Weitermachen wie früher – Motto: mehr produzieren, mehr kaufen, mehr arbeiten und alles wird gut – trägt nicht mehr. Im Gegenteil. Wenn wir einfach so weitermachen, wird die Welt immer tiefer in die Krise schlittern.

Das zeigt sich schon in Deutschland. Trotz guter Wirtschaftsdaten wird die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern im reichen Deutschland immer tiefer. Ein Viertel der Deutschen ist vom Wohlstand abgehängt, darunter 2,6 Millionen Kinder. Die zehn Prozent reichsten Haushalte besitzen Jahr für Jahr mehr vom privaten Gesamtvermögen: Inzwischen sind es rund 65 Prozent. Wenn wir so weitermachen, werden die zehn Prozent der reichsten Haushalte bald 75 Prozent des Vermögens besitzen, das sind Zahlen, die ich bisher nur aus Lateinamerika kenne. Und sogar die hoch kapitalistische denkende Bertelsmann-Stiftung hat in einer Studie nachgewiesen, dass 21 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland seit fünf Jahren an der Armutsgrenze oder darunter leben. Und dass prekäre Löhne von heute morgen keine auskömmliche Rente ergeben, hat sich auch herumgesprochen.

Der Arbeitsmarkt hat sich erholt. Aber er zerfällt er in Minijobs, Midijobs, Honorarverträge, Leiharbeiter, neue Selbstständige, Projektarbeit; fast jeder zweite Arbeitnehmer unter 30 hat einen befristeten Arbeitsvertrag. Die befristeten Arbeitsverhältnisse und die Leiharbeit

schaffen Industrie-Nomaden: Heute hier, morgen dort. Stabile Partnerschaften, ein Leben mit Kindern oder gesellschaftliches Engagement sind so nicht zu erwarten.

Wie sehr die Wirtschaft ein Eigenleben führt, das wird nirgendwo so deutlich wie im Finanzsystem. Es dient längst nicht mehr in erster Linie dazu, Unternehmen oder Privatleuten für Unternehmungen Geld gegen Zinsen zu leihen. Es geht darum, durch Verkauf und Spekulation von und mit Geld möglichst schnell mehr Geld zu machen – ohne dass Häuser, Firmen und andere Werte entstehen. Das billige Geld der Europäischen Zentralbank speist die Spekulation und das spekulative Karussell dreht sich immer schneller, inzwischen werden an den Börsen 100.000 Wertpapiere pro Millisekunde verkauft, ohne menschlichen Zugriff – alles über Computer. Und das ist keine Spielerei.

Die globalen Machtverhältnissen haben sich grundlegend verändert: Allein der mächtigste Finanzkonzern, Black Rock, bewegt mehr Geld als alle Länder der Europäischen Union pro Jahr erwirtschaftet. Die wahren Herren der Welt sitzen nicht in den Konzernzentralen, schon gar nicht an Kabinetttischen, sondern in den Führungsetagen der zehn größten Geldverwalter und Staatsfonds.

Und spekuliert wird mit allem, was unter der Sonne gedeiht, in Deutschland inzwischen vor allem mit Ackerland und Immobilien – Biobauern verlieren Land, normale Menschen können die Mieten der neuen Eigentümer nicht mehr bezahlen, die Spekulanten gewinnen. Und während jeden Tag 4000 Milliarden durch das Finanzsystem geistern – immer auf der Suche nach höchst möglichen Renditen, fehlt es in Kindergärten, Schulen, Pflegeheimen, Jugendzentren, Kommunen hierzulande ebenso an Geld wie für Strategien zur Bekämpfung der Armut oder für den Schutz des Weltklimas.

Weltwirtschaftlich haben 400 bis 500 Millionen Menschen von der Globalisierung profitiert. Doch nirgendwo ist die Kluft zwischen Reich und Armut so frappierend wie in der Weltwirtschaft: Die acht reichsten Menschen der Welt besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. In den Steueroasen bunkern 100.000 reiche Anleger rund 21.000 Milliarden Dollar – das ist mehr als die Wirtschaftsleistung der USA. Ein Weltkonzern wie Apple machte 2014 knapp 29 Milliarden Dollar Gewinn und zahlte 556 Millionen Dollar Steuern – ein Satz von 1,9 Prozent. Eine Milliarde Menschen hungert, obwohl es genügend zu essen gibt. Und wie früher, liefern die Armen den Rohstoff für den Wohlstand der Reichen: 30 Prozent der Nahrungsmittel sind Futtermittel für Tiere. Wir genießen jede Menge Elektronik, doch die Ausbeutung der Rohstoffe kostet in Afrika Menschenleben. Diese Armen werden aus der Sicht von Papst Franziskus behandelt wie Müll – deshalb sagt er: »Diese Wirtschaft tötet.«

Gleichzeitig breitet sich diese Ökonomie im Süden und Osten der Welt aus: Automobilität, Kohlekraft, Atomkraft, hoher Ressourcenverbrauch. Natürlich hat der Süden dazu so lange das Recht, wie wir uns das Recht nehmen. Doch klar ist: Die Welt hält es nicht aus, wenn alle Menschen so viel Auto fahren wie Amerikaner und Deutsche. Die Folge dieser Entwicklung ist ein Kampf aller gegen alle um Lebenschancen, wobei die Ressourcen von der Natur begrenzt werden. Die Folgen erleben wir weltweit: Die Rohstoffe werden knapp, das Klima wird erhitzt, es gibt Kriege um Rohstoffe, mehr und mehr Gewalt, In vielen Staaten Afrikas, im Nahen Osten, auch in Asien fliehen Millionen Menschen vor Massenarmut, Gewalt, Krieg und den Folgen der Erderhitzung. Und wir erleben sie im Norden, die Neigung zu

Abschottung, zu Intoleranz, zu fundamentalistischem Denken und auch zu Gewalt und Aggressivität zunehmen.

Diese Entwicklung kann die Politik nicht stoppen, indem sie immer in der gleichen Logik verharrt, wie dies auch die Sondierungsverhandler von Union und SPD getan haben. Sie haben sich einfach nur auf ein »Weiter so« mit ein paar sozialen Geschenken verständigt. Das ist besser als nichts, aber bestimmt nicht genug. Schon gar nicht für die Zukunft.

Gerade jetzt, da es so viele Arbeitsplätze gibt, da es mehr Menschen noch relativ gut geht, könnten doch die entscheidenden Fragen stellen: Wenn schon Wachstum, wem soll es denn in erster Linie zugutekommen – den Eigentümern wie in den letzten Jahrzehnten oder den Beschäftigten und den Ärmeren? Wie kann die Wirtschaft wachsen, ohne die Welt zu zerstören? Können wir die Chance nutzen, um den Reichtum gerechter zu verteilen? Wie können wir die Spekulanten entmachten – und dafür sorgen, dass mehr Geld für das Gemeinwohl investiert wird? Wie können wir wirtschaften und leben, dass auch künftige Generationen noch eine Welt vorfinden, in der sie in Würde leben können? Das sind die Fragen, die sich stellen – und die die Politik und wir in den nächsten Jahren beantworten muss.

Und es sage niemand, es gebe keine Antworten. Vieles wird diskutiert, manches wird praktiziert, nur nicht in Deutschland. Fünf wichtige Schritte möchte ich nennen:

1. Eine gerechtere Besteuerung des Reichtums – national und international

Die Industrieländer, die Europäische Union, die Welt brauchen mehr Gerechtigkeit und mehr Investitionen in Gerechtigkeit. Deshalb braucht es den Mut zu einer Vermögensabgabe, zu einem höheren Spitzensteuersatz, zu höheren Steuern auf hohe Erbschaften und auf den Luxuskonsum. Dann kann der Staat mehr in die Zukunft investieren: in Forschung und Entwicklung; in Bahn, Rad und Busse, in eine umweltverträgliche Energiewende, in sozialverträgliche Wohnungen. Nur mit höheren Einnahmen kann der Staat Benachteiligte besser absichern, Familien fördern und Flüchtlinge so integrieren, dass am Ende nicht immer mehr Probleme entstehen, sondern weniger. Und nicht zuletzt muss der Staat dafür sorgen, dass Bildung, Gesundheit, Wasser nicht den Gesetzen des Marktes unterworfen werden. Allein die Entwicklung der privatisierten Post zeigt, was Privatisierung bringt: keine Verbesserungen für die Kunden, mehr Geld für die neuen Eigentümer und dafür prekäre Arbeitsbedingungen für mehr Beschäftigte. Genau das gilt es zu verhindern. Und sorgen wir dafür, dass diese Politik auch in der Europäischen Union durchgesetzt wird. Schaffen wir in allen Ländern gesetzliche Mindestlöhne. Trocknen wir die Steueroasen aus, schaffen wir Mindeststeuern in allen Ländern und sorgen wir dafür, dass alle Finanzämter anderen Finanzämtern Auskünfte über Steuerflüchtlinge erteilen. Dann wird Europa gerechter.

2. Beteiligen wir alle Menschen gerecht an den Erträgen der Wirtschaft

Beginnen wir mit spürbaren Verbesserungen für jene, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Erhöhen wir die Hartz IV-Sätze zunächst um 60 bis 80 Euro pro Monat, wie dies die Caritas und die Diakonie vorschlagen statt um fünf Euro (auf 409) Euro, wie es die Bundesregierung beschlossen hat. Diskutieren wir über eine Kindergrundsicherung – und

andere Verbesserungen für Kinder. Machen wir endlich Schluss mit der Mär, es gebe genügend Ausbildungsplätze. 270.000 Jugendliche haben keinen und sind im Sozialhilfe-Betrieb angekommen. Da nur noch jeder fünfte Betrieb ausbildet, wird sich das auch nicht ändern. Es sei denn, man führt eine Ausbildungsabgabe für alle Betriebe ein, deren Erlöse die Betriebe bekommen, die ausbilden. In der Altenhilfe wurde dies getan – und siehe da: Plötzlich gibt es genügend Ausbildungsplätze, trotz schlechter Arbeitsbedingungen. Und schaffen wir endlich solidarische Sozialversicherungen: Wann beenden wir endlich die Zwei-Klassen-Medizin? Wann zahlen endlich alle Bürgerinnen und Bürger, egal ob Beamte, Angestellte oder Selbstständige in wenige gesetzliche Krankenversicherungen ein und möglichst von allen Einkommen, von Löhnen, Gewinnen und Kapitaleinkommen? Dann können die Beiträge sinken und die Leistungen steigen – ähnlich wie Österreich. Wann zahlen endlich alle Bürgerinnen und Bürger in die gleiche Rentenversicherung ein – ob sie erwerbstätig, nicht erwerbstätig, selbstständig, angestellt, beamtet, Arbeiter oder Angestellte sind. Sie entrichten Beiträge von allen Einkommen – von Löhnen, von Gewinnen und von Vermögenserträgen. Ergebnis: keine Altersarmut und geringere Beiträge. Wie in der hoch kapitalistischen Schweiz. Und wann ersetzt die Regierung endlich die teuren Riester-Renten, die vor allem Versicherungen und Banken nützen durch einen Staatsfonds wie in Schweden, in dem Zusatzrenten zu geringen Gebühren ohne private Gewinne erwirtschaftet werden? Und sorgen wir dafür, dass alle Menschen je nach ihren persönlichen Bedürfnissen arbeiten können und doch sozial gerecht abgesichert sind: Wer Kinder erzieht oder Angehörige Pflege braucht andere Arbeitszeiten als junge Leute ohne solche Verpflichtungen. Aber generell gilt: Es braucht endlich Grenzen für die krankmachende Überforderung an vielen Arbeitsplätzen. Kürzere Arbeitszeiten und Grenzen für die Nutzung von Technologien sind dabei wichtige Elemente.

3. Auch die Finanzwelt braucht umfangreiche Veränderungen

Wann schreibt die Regierung den Banken endlich höhere Eigenkapitalquoten vor? Die Schweizer Regierung hat beschlossen, dass Großbanken bis 19 Prozent Eigenkapital für Kredite vorhalten müssen – in der EU sind es maximal zwölf Prozent, meistens weniger. Wenn so viel Eigenkapital im Spiel ist, werden die Banken viel vorsichtiger wirtschaften – zumal dann, wenn sie nicht mehr auf die Rettung durch den Staat hoffen dürfen. Und natürlich müssen solche Regeln auch für die globalen Geldfonds und Finanzkonzerne gelten. Und wann führt die Europäische Union endlich eine Finanztransaktionssteuer ein, um alle kurzfristigen Geschäfte zu belasten und die überbordenden Finanzmärkte gesund zu schrumpfen. 0,1 Prozent auf alle Finanzgeschäfte würden 80 Milliarden Euro pro Jahr erbringen – genug, um Europa gerechter und nachhaltiger zu machen. Wann legen die großen Institutionen wie Gewerkschaften oder Kirchen ihre Gelder endlich so an, dass es nicht zur Spekulation verwendet wird, sondern indem sie es nachhaltig wirkt?

4. Ohne einen ökologischen Umbau der Wirtschaft wird die Umwelt immer weiter zerstört

Der ökologische Umbau wird erst stattfinden, wenn Umweltzerstörung für die Unternehmen und für uns teurer wird als Umweltschutz. Umweltzerstörung, Treibhausgase wie Kohlendioxid brauchen einen Preis. Aber dieser Preis hat einen Pferdefuß: Es macht viele Waren teurer und dies trifft sozial Benachteiligte und Geringverdiener stärker als Reiche. Wie es trotzdem geht, zeigen Basel und British Columbia in Kanada: Beide Regionen führten

Abgaben auf Kohlendioxid und Strom ein, um den Verbrauch zu verteuern. Allerdings sacken die Finanzminister das Geld nicht in den Haushalt, sondern – man höre und staune – sie geben das Geld an die Bürger und an die Unternehmen zurück, Kinder eingeschlossen. Und zwar erhalten Bürger, Kinder eingeschlossen, und Unternehmen für jeden Arbeitsplatz den gleichen Beitrag, immer auf einem Scheck vor Weihnachten. Da alle den gleichen Betrag erhalten, versuchen sie, möglichst wenig Strom, möglichst wenig fossile Ressourcen zu verbrauchen, um möglichst stark von der Rückzahlung zu profitieren. Und siehe da: In Basel wie in Kanada geht seit Jahren der Verbrauch an fossilen Energieträgern zurück, wird Strom gespart, wo es nur geht. Denn Unternehmen und Privathaushalte haben erkannt, dass sie umso mehr von diesem System profitieren, je weniger sie fliegen, Auto fahren, fossile Energie verbrauchen. Und sie wirtschaften so umweltgerecht wie möglich. Dadurch entsteht eine Wirtschaft, die mit weniger Ressourcen auskommt und trotzdem gerecht wirtschaftet.

5. Fair Trade statt Freihandel

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft orientieren sich an einem freien Welthandel. Mehr Konkurrenz, wenig Vorschriften sorgen überall für billigere Produkte. Alle können sich mehr leisten. Das Dumme ist nur, dass jetzt die Anbieter im Vorteil sind, die die schlechtesten Arbeitsbedingungen bieten, jene Länder, die geringe Umweltstandards haben oder keine, jene Unternehmen, die geringe Löhne zahlen. Fairer und ökologischer wird die Weltwirtschaft dadurch nicht. Das wird sie erst durch einen fairen Handel weltweit, wie in die Eine-Welt-Bewegung bereits vorlebt. Sorgen wir also dafür, dass nur Länder am internationalen Handel teilnehmen dürfen, die soziale Mindestauflagen einhalten, so dass nicht mehr billige Grabsteine, billiger Kaffee oder billige T-Shirts oder andere Waren auf unsere Märkte kommen, die nur deshalb so billig sind, weil die Beschäftigten so wenig bekommen.

Ich bin der Meinung, dass diese fünf Schritte – gerechtere Verteilung des Reichtums, Beteiligung aller an den Erträgen der Wirtschaft, Kontrolle der Spekulanten, Ökologisierung der Wirtschaft und Fair Trade statt Freihandel – die Welt zum Besseren verändern könnten.

Wenn Sie es nicht glauben, so hätte ich eine Bitte: Stellen Sie sich nur für einen Augenblick vor, diese fünf Schritte wären Wirklichkeit, dann würde die Welt anders wirtschaften: Jetzt hat ein reiches Land den Mut, den Reichtum gerechter zu verteilen. Jetzt trägt jeder trägt die Last, die seinem, ihrem Einkommen und Vermögen entspricht. Alle Menschen sind sicherer vor Armut als heute. Wenn die Wirtschaft nun wächst, sind alle an den Erträgen der Wirtschaft beteiligt. Ökoabgaben sorgen dafür, dass wir leben und arbeiten und die Umwelt schonen. Die Wirtschaft ähnelt jetzt mehr einem Segelboot als einem Tanker. Die Wegwerfgesellschaft läuft aus, sie ist zu teuer. Jetzt wird repariert statt abgewrackt. Wir treten ein in eine Langfrist-Ökonomie. Jetzt sind wir auf dem Weg zu einem Welthandel, der eine ressourcenarme, gerechte Wirtschaftsweise belohnt und endlich auch denen nutzt, die bisher vom Welthandel nicht profitieren, den Armen.

Diese Vision zeigt, dass es durchaus Alternative zum ewigen »Weiter so« einer asozialen und zerstörerischen Wachstumswirtschaft gibt. Mir ist klar, dass die Politik, so wie sich derzeit darstellt, diese alternativen Wege nicht so schnell einschlagen wird. Sie wird bestenfalls Kosmetik betreiben. Das Ziel einer gerechten, ökologischen und fairen Beteiligungs-

Wirtschaft muss von sozialen Organisationen, von kritischen Minderheiten, von engagierten Bürgern erkämpft werden. Zugegeben, wir gewinnen den Kampf nur, wenn wir Rückschläge wegstecken und einen langen Atem haben, einen sehr langen. Aber niemand sage, es gebe keine Ziele, für die es sich zu kämpfen lohnt. Es gibt sie: 2018 und in den Jahren danach.

Dr. Wolfgang Kessler
Chefredakteur von Publik-Forum

www.twitter.com/wolfgangkessler

Kessler: »Zukunft statt Zocken:
Gelebte Alternativen zu einer entfesselten Wirtschaft«
Publik-Forum Verlag, Oktober 2013

www.publik-forum.de/shop